

München, 12.03.92

Genehmigung nach § 7 Atomgesetz (AtG)

zur Nachrüstung eines diversitären Reaktor-  
druckbegrenzungssystems im

Kernkraftwerk Gundremmingen II (KRB II)

- 4. Änderungsgenehmigung -

Inhaltsverzeichnis	Seite
Tenor	
I. Antragsteller, Inhaber der Kernanlage und Gegenstand der Genehmigung.	..2.
II. Genehmigungsunterlagen	..3.
III. Auflagen	..6.
IV. Hinweise und Auflagenvorbehalt	.6..
V. Verantwortliche Personen	.7..
VI. Deckungsvorsorge	.8..
VII. Kostenentscheidung	.8..
VIII. Sofortige Vollziehung	.8..
Begründung	.9..
A. Sachverhalt	.9..
1. Genehmigter Betrieb des Kernkraftwerks Gundremmingen II (KRB II)	.9..
2. Gegenstand und Ablauf des Verfahrens zur Erteilung der 4. Änderungsgenehmigung	.9..

3.	Gutachten der nach § 20 AtG zugezogenen Sachverständigen	.12
4.	Stellungnahme des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	.13
B.	Rechtliche und sicherheitstechnische Würdigung	.14
1.	Rechtsgrundlage	.14
2.	Verfahrensmäßige Voraussetzungen	.15
3.	Genehmigungsvoraussetzungen des § 7 Abs. 2 AtG	.17
4.	Ermessensentscheidung	.24
5.	Nebenbestimmungen	.24
6.	Sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften	.25
C.	Kostenentscheidung	.26
D.	Anordnung der sofortigen Vollziehung	.26
	Rechtsbehelfsbelehrung	.30.

Bayerisches Staatsministerium  
für Landesentwicklung und Umweltfragen

München, 12.03.92

An die

1.  
RWE Energie AG  
Postfach 10 31 65

4300 Essen 1

2.  
Bayernwerk AG  
Postfach 20 03 40

8000 München 2

3.  
Kernkraftwerke Gundremmingen  
Betriebsgesellschaft mbH  
Postfach 300

8871 Gundremmingen

Das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (StMLU) erteilt im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (StMWV) folgende

Genehmigung nach § 7 Atomgesetz (AtG)

zur Nachrüstung eines diversitären  
Reaktordruckbegrenzungssystems im  
Kernkraftwerk Gundremmingen II (KRB II)

- 4. Änderungsgenehmigung -



I. Antragsteller, Inhaber der Kernanlage und Gegenstand der Genehmigung

1. Den Antragstellern

RWE Energie AG, Essen

Bayernwerk AG (BAG), München

Kernkraftwerke Gundremmingen Betriebsgesellschaft mbH (KGB), Gundremmingen,

die zugleich Inhaber der Kernanlage sind (§ 17 Abs. 6 AtG), wird unter den in diesem Bescheid festgesetzten inhaltlichen Beschränkungen und Auflagen nach Maßgabe der in Abschnitt II genannten Unterlagen eine 4. Änderungsgenehmigung nach § 7 AtG für das Kernkraftwerk Gundremmingen II, bestehend aus Block B und C, in der Gemeinde Gundremmingen, Lkrs. Günzburg erteilt.

2. Gegenstand der Genehmigung

Diese Genehmigung umfaßt

- 2.1 die Errichtung eines diversitären Reaktordruckbegrenzungssystems, bestehend aus je einem Bypass-Strang mit Motorarmatur an 3 der 11 vorhandenen Sicherheits- und Entlastungsventile,
- 2.2 die Errichtung einer neuen Abfahrkühlleitung mit Anschluß einerseits an den bestehenden Instrumentierungsstutzen am Reaktordruckbehälter und andererseits an das bestehende Nachkühlssystem,
- 2.3 die Errichtung einer zusätzlichen Einspeisedruckleitung mit Anschluß an die unter Ziff. 2.2 genehmigte

- Abfahrkühlleitung,
- 2.4 die Durchführung der notwendigen Änderungen an der bestehenden und abschließend genehmigten Anlage für den Einbau und den Anschluß der unter Ziff. 2.1 - 2.3 genehmigten Anlagenteile,
- 2.5 den weiteren Betrieb des KRB II mit den zusätzlich eingebauten bzw. geänderten Anlagenteilen.

II. Genehmigungsunterlagen

Dieser Genehmigung liegen folgende Unterlagen zugrunde:

1. Schreiben der Antragsteller vom

20.03.90	Az.: KA-PK Wg/Me	EN 23570
01.10.90	Az.: KK-PK Wg/Fr	EN 54063
21.02.91	Az.: KK-PK Wg/Se	EN 11241
16.12.91	Az.: KK-PK Wg/Sf	EN 00902
20.12.91	Az.: KK-PK Wg/Sf	EN 00903
30.12.91	Az.: KK-PK Wg/Sf	EN 00377
24.01.92	Az.: RE-Ö Br/Lu	EN 06483



2. Berichte und Zeichnungen zur Beschreibung des Genehmigungsgegenstands

lfd. Nr.	Unterlage-Titel	Ident-Nr.	Rev.	Stand
1.	TK-Systembeschreibung Diversitäre Druckbegrenzung	SY/TK/1 KWU R 233	b	11.09.91
2.	Systemschaltplan Entlastungs- system, diversitäre Reaktor- druckbegrenzung Block B und C	R 233-3V-158	c	31.01.92
3.	Systembeschreibung Nukleares Nachkühlssystem TH 2 (TH21 modifizierter Abfahrkühlbetrieb)	BRD 025 XS TH2	a	20.02.92
4.	Systemschaltplan, Block B TH Nukleares Nachkühlssystem 2 mit S-KWU-Änderungsvorschlag vom	203-R311F- OV-02 Blatt 1	B2	12.08.91 12.02.92
5.	Systemschaltplan, Block C TH Nukleares Nachkühlssystem 2 mit S-KWU-Änderungsvorschlag vom	203-R311F- OV-02 Blatt-2	A8	29.11.91 12.02.92
6.	Rahmenspezifikation Anzuwendende Spezifikationen, Regelwerke und Vorschriften	DC1913.2/025	-	18.02.92
7.	Liste der Folgeänderungen im ZA-Gebäude Block B	V433/91/026	c	19.02.92
8.	Liste der Folgeänderungen im ZA-Gebäude Block C	R333/91/072	-	16.12.91
9.	Liste der Folgeänderungen im ZB-Gebäude Block B für den Montageumfang 1992	V433/91/037	c	19.02.92
10.	Liste der Folgeänderungen im ZB-Gebäude Block C für den Montageumfang 1993	R333/91/069	-	17.12.91
11.	Liste der verbindenden Rohr- stränge ZUNA/vorhandene Systeme, Umfang 1992/93 gemäß § 7 AtG	R333/91/068	a	30.01.92

3. Gutachten

Gutachtliche Stellungnahme des TÜV Bayern zur Nachrüstung von diversitären Druckbegrenzungsventilen, einer neuen Abfahrkühlleitung und einer zusätzlichen Einspeisung in jedem Block des Kernkraftwerks Gundremmingen II (KRB II) für das atomrechtliche Genehmigungsverfahren vom Februar 1992.

Gutachtliche Stellungnahme des TÜV Bayern zum Konzept eines zusätzlichen Nachwärmeabfuhr- und Einspeisesystems in jedem Block des Kernkraftwerks Gundremmingen II (KRB II) vom März 1994.



### III. Auflagen

1. Die neu genehmigten Anlagenteile sind entsprechend den vom TÜV Bayern geprüften und gebilligten Unterlagen zur begleitenden Kontrolle zu fertigen und zu prüfen.
2. Die neu genehmigten Anlagenteile sind zusammen mit den systemtechnisch angrenzenden alten Anlagenteilen system-, elektro- und leittechnischen Abnahme- und Inbetriebnahmeprüfungen auf der Grundlage vom TÜV Bayern geprüfter und gebilligter Inbetriebnahmeprogramme und Prüfanweisungen zu unterziehen.
3. Die bestehenden Vorschriften der Betriebs-, Prüf- und Notfallhandbücher sind an die Erfordernisse der neu genehmigten Anlagenteile anzupassen bzw. zu ergänzen.
4. Die bestehende technische Dokumentation ist hinsichtlich der neu genehmigten Anlagenteile zu ergänzen.

### IV. Hinweise und Auflagenvorbehalt

1. Soweit durch diese Genehmigung nichts anderes festgelegt wird, gelten die bisher erteilten Genehmigungen weiter.
2. Es bleibt vorbehalten, Auflagen dieser Genehmigung zu ändern oder weitere Auflagen festzusetzen aufgrund von
  - Nachweisen und sonstigen Unterlagen, deren Vorlage in diesem Genehmigungsbescheid verlangt wird,
  - Ergebnissen der Inbetriebnahmeprüfungen
  - Ergebnissen der durchzuführenden wiederkehrenden Prü-

funken

- Ergebnissen sonstiger Untersuchungen und Messungen.

3. Über die gemäß Auflage Nr. III.8.3 der 11. Teilgenehmigung vom 18.10.84 erforderliche aufsichtliche Zustimmung des StMLU zum Wiederauffahren nach dem jeweiligen Brennelementwechselstillstand, in dem die neu genehmigten Anlagenteile nachgerüstet werden, wird erst entschieden werden, wenn die Auflagen der vorliegenden Genehmigung im erforderlichen Umfang erfüllt sind.
4. Die Errichtung des mit Schreiben der RWE Energie AG, der BAG und der KGB vom 01.10.90, Az. KK-PK Wg/Fr beantragten zusätzlichen Nachwärmeabfuhrsystems TH 40 jenseits des äußeren Blindverschlusses hinter der Sicherheitsbehälterdurchführung ist nicht Gegenstand dieser Genehmigung.
5. Diese Genehmigung ergeht unbeschadet der Entscheidungen anderer Behörden, die für das Gesamtvorhaben oder für einzelne Teile davon aufgrund anderer öffentlich-rechtlicher Vorschriften erforderlich sind. Diese Entscheidungen sind rechtzeitig herbeizuführen und dem StMLU vorzulegen. Nebenbestimmungen, die sich über die Festlegungen des vorliegenden Bescheids hinaus aus den aufgrund anderer öffentlich-rechtlicher Vorschriften erforderlichen Entscheidungen anderer Behörden ergeben, bleiben unberührt.

V. Verantwortliche Personen

Verantwortlich i.S.d. § 7 Abs. 2 Nr. 1 AtG für die tech-



nische Durchführung der im Abschnitt I genannten Maßnahmen ist die im Schreiben der RWE Energie AG vom 30.12.91 (EN 00377) hierfür benannte Person. Die in diesem Schreiben außerdem für den Betrieb des KRB II benannten verantwortlichen Personen sind im Rahmen ihres innerbetrieblichen Entscheidungsbereichs auch für den Gegenstand dieser Genehmigung verantwortlich.

VI. Deckungsvorsorge

Die Festsetzung der Deckungsvorsorge in der 11. Teilgenehmigung vom 18.10.84 bleibt aufrecht erhalten.

VII. Kostenentscheidung

Die Antragsteller haben die Kosten des Verfahrens als Gesamtschuldner zu tragen.

Die Gebühr für diese Genehmigung wird auf

DM 15.000,--

(in Worten: Fünfzehntausend Deutsche Mark)

festgesetzt.

Auslagen werden gesondert erhoben.

VIII. Sofortige Vollziehung

Die sofortige Vollziehung dieser Genehmigung wird angeordnet.

## Begründung

### A. Sachverhalt

#### 1. Genehmigter Betrieb des Kernkraftwerks Gundremmingen II (KRB II)

Die RWE Energie AG (vormals RWE AG), die Bayernwerk AG (BAG) und die Kernkraftwerke Gundremmingen Betriebsgesellschaft mbH (KGB) betreiben auf der Grundlage der 11. Teilgenehmigung vom 18.10.84 (11. TG) das KRB II, bestehend aus Block B und Block C. Mit der 11. TG wurde das in elf Teilschritten vollzogene Genehmigungsverfahren zur Errichtung und zum Betrieb des KRB II abgeschlossen. Seither sind noch drei Änderungsgenehmigungen (ÄG) erteilt worden, nämlich die 1. ÄG vom 06.04.88 zum Einsatz von weiterentwickelten (9x9)-Uranbrennelementen, die 2. ÄG vom 08.01.90 zur Durchführung von Maßnahmen des anlageninternen Notfallschutzes und die 3. ÄG vom 05.02.90, mit der der Eintritt der RWE Energie AG an die Stelle der RWE AG als Genehmigungsinhaber geregelt worden ist.

#### 2. Gegenstand und Ablauf des Verfahrens zur Erteilung der 4. Änderungsgenehmigung (ÄG)

- 2.1 Mit Schreiben vom 20.03.90, Az. KA-PK Wg/Me haben die Antragsteller RWE Energie AG, BAG und KGB, die auch Betreiber des KRB II sind, eine Genehmigung gemäß § 7 AtG zur Nachrüstung eines diversitären Reaktordruckbegrenzungssystems beantragt. Die elf bisher schon vorhandenen mit Eigenmedium (Dampf) betätigten Sicherheits- und Entlastungsventile gewährleisten eine Reaktordruckbegrenzung mit hoher Redundanz (Mehrfachauslegung). Ergänzend wird dazu künftig je ein Bypass-Strang mit einer motorbetätig-



ten Armatur an drei der elf vorhandenen mit Eigenmedium (Dampf) betätigten Sicherheits- und Entlastungsventile zur Verfügung stehen. Durch ein andersartiges technisches Wirkungsprinzip beim Armaturenantrieb (Elektromotorantrieb gegenüber dampfbetätigten Antriebskolben) wird eine Diversität in der Reaktordruckbegrenzung eingeführt und somit eine prinzipielle Unabhängigkeit von hypothetisch angenommenen, gleichartigen Fehlern erzielt, die im Anforderungsfall die Druckbegrenzungsfunktion aller gleichartig aufgebauten elf Sicherheits- und Entlastungsventile ungeachtet ihres hohen Redundanzgrades gleichzeitig beeinträchtigen könnten.

Die diversitären Motorarmaturen sind so ausgelegt, daß bereits zwei von ihnen ausreichend Dampf abführen können um den Reaktordruck auf nach dem technischen Regelwerk zulässige, unschädliche Werte zu begrenzen. Die Stromversorgung der Antriebsmotoren erfolgt vom unterbrechungslosen Notstromnetz, die Ansteuerung vom Reaktorschutz. Zusätzlich zur Ansteuerung vom Reaktorschutz ist noch eine betriebliche Ansteuerung der Motorarmaturen vorgesehen. Dadurch wird die Anforderungshäufigkeit der Sicherheits- und Entlastungsventile in ihrer betrieblichen Funktion verringert, da die Motorarmaturen künftig als erste die betriebliche Druckentlastung übernehmen sollen.

- 2.2 Mit Schreiben vom 21.02.91, Az. KK-PK Wg/se haben die Antragsteller den Umfang ihres Genehmigungsantrags erweitert und die Nachrüstung von zwei Leitungen, die an einen vorhandenen Stutzen des Reaktordruckbehälters anschließen,

beantragt. Es handelt sich dabei um eine neue Abfahrkühlleitung mit hauptsächlich betrieblichen Aufgaben sowie um eine Einspeisedruckleitung für ein später geplantes, zusätzliches Nachwärmeabfuhrsystem. Letzteres ist nicht Gegenstand dieser Genehmigung; es soll in den Jahren 1993-1995 nachgerüstet werden.

Über die neue Abfahrkühlleitung kann aus dem Reaktordruckbehälter Wasser durch einen vorhandenen Stutzen unterhalb des betrieblichen Wasserspiegels zu Kühlzwecken entnommen und dem vorhandenen Nachkühlsystem zugeführt werden. Damit wird die bislang notwendige Mitbenutzung von Teilen der Frischdampfleitungen für Abfahr- und Nachkühlzwecke vermieden, was die Kontamination der oberen Reaktordruckbehältereinbauten sowie der Frischdampfleitungen mit radioaktiven Stoffen erheblich reduziert. Damit wird eine Verminderung der Dosisbelastung des Instandhaltungspersonals erreicht.

Unmittelbar nach dem vorhandenen Stutzen am Reaktordruckbehälter wird an die neue Abfahrkühlleitung eine zusätzliche Einspeisedruckleitung angeschlossen. Diese Leitung wird Teil eines zusätzlichen Nachwärmeabfuhrsystems sein, dessen Errichtung für die Jahre 1993 bis 1995 geplant ist und endet vorläufig blind nach der äußeren Absperrarmatur an der Sicherheitsbehälter-Durchdringung und ist dort vorerst dicht verschweißt.

- 2.3 Sowohl die Motorarmaturen zur diversitären Reaktordruckbegrenzung als auch die neue Abfahrkühlleitung und die Einspeisedruckleitung sind unabsperrbar mit dem Reaktordruckbehälter verbunden und somit Teil der druckführenden Umschließung des Reaktorkühlmittels. Aus diesem Grund sind sie - erstmals nach Fertigstellung und dann wiederkehrend



alle 8 Jahre - gemeinsam mit dem Reaktordruckbehälter einer integralen Wasserdruckprobe zu unterziehen. Aus diesem Grunde sollen sie gemeinsam errichtet und im Rahmen einer ohnehin als wiederkehrende Prüfung an der druckführenden Umschließung des Reaktorkühlmittels anstehenden Druckprobe mitgeprüft werden.

Gegenstand des Genehmigungsverfahrens ist außerdem die Durchführung notwendiger Änderungen an der bestehenden und abschließend genehmigten Anlage, damit die nachzurüstenden Anlagenteile eingebaut und angeschlossen werden können. Hierzu müssen insbesondere einige Hilfs- und Nebensysteme sowie Tragbühnen verlegt werden, um Platz für die neuen Rohrleitungen zu schaffen.

- 2.4 Von einer zusätzlichen Bekanntmachung und Auslegung gemäß § 4 der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung (AtVfV) wurde für den Gegenstand dieser Genehmigung abgesehen. Eine zusätzliche Behördenbeteiligung gemäß § 7 Abs. 4 AtG wurde nicht durchgeführt.

3. Gutachten der nach § 20 AtG zugezogenen Sachverständigen

Die sicherheitstechnische Begutachtung des Gegenstands dieser Genehmigung erfolgte durch den Technischen Überwachungs-Verein Bayern e.V. (TÜV Bayern), der auch gemäß § 20 AtG als Sachverständiger im Rahmen früherer Genehmigungen bzw. im Rahmen der Aufsicht gemäß § 19 AtG über den Betrieb des KRB II beigezogen worden ist. Das Ergebnis dieser Begutachtung ist in der "Gutachtlichen Stellungnahme zur Nachrüstung von diversitären Reaktordruckbegrenzungsventilen, einer neuen Abfahrkühlleitung und einer zusätzlichen Einspeiseleitung in jedem Block des KRB II" vom Februar 1992 dargestellt. Für die entsprechend § 18

AtVfV (vorläufiges positives Gesamturteil) erforderlichen Prüfungen hinsichtlich der Einspeisedruckleitung wurde vom TÜV Bayern die "Gutachtliche Stellungnahme zum Konzept eines zusätzlichen Nachwärmeabfuhr- und Einspeisesystems in jedem Block des KRB II" vom März 1991 vorgelegt.

4. Stellungnahme des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

Im Auftrag des BMU hat sich die Reaktorsicherheitskommission (RSK) auf ihrer 245. Sitzung vom 17.07.89 mit der Reaktordruckabsicherung befaßt und für die deutschen Kernkraftwerke mit Siedewasserreaktoren grundsätzlich eine Nachrüstung von Motorarmaturen zur diversitären Druckbegrenzung empfohlen. Der BMU hat sich mit Schreiben vom 25.09.89, Az. RS I 5-514-300/7 dieser Empfehlung angeschlossen und um deren zügige Umsetzung gebeten. Auf ihrer 254. Sitzung vom 20.06.90 hat die RSK dann eine positive Stellungnahme zu der von den Betreibern des KRB II vorgesehenen konkreten Lösung abgegeben. Der BMU hat diese Stellungnahme mit Schreiben vom 11.09.90, Az. RS I 514311/7 an das StMLU zur Berücksichtigung im Genehmigungsverfahren übersandt. Mit Schreiben vom 06.12.90, Az. RS I 5-14311/5 hat der BMU schließlich mitgeteilt, daß er nicht beabsichtige, das - von den Betreibern in Eigeninitiative geplante - zusätzliche Nachwärmeabfuhrsystem in der RSK beraten zu lassen und eine bundesaufsichtliche Stellungnahme zu diesem Vorhaben abzugeben. Eine Stellungnahme des BMU zur neuen Abfahrkühlleitung war wegen der fehlenden sicherheitstechnischen Bedeutung dieser Leitung ebenfalls nicht veranlaßt.



B. Rechtliche und sicherheitstechnische Würdigung

Die vorliegende 4. Änderungsgenehmigung kann mit den in diesem Bescheid festgesetzten inhaltlichen Beschränkungen und Auflagen erteilt werden, weil

- die verfahrensmäßigen Voraussetzungen des Atomgesetzes (AtG) und der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung (AtVfV) erfüllt sind,
- die materiellen Genehmigungsvoraussetzungen des § 7 AtG gegeben sind,
- im Rahmen der Ermessensentscheidung nach § 7 Abs. 2 AtG keine Gründe ersichtlich sind, die der beantragten Genehmigung entgegenstehen und
- die übrigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften beachtet sind (§ 14 AtVfV).

Im einzelnen wird dies wie folgt begründet:

1. Rechtsgrundlage der Genehmigung

Die vorgesehenen Maßnahmen bedürfen als wesentliche Änderung der Anlage und des Betriebs des KRB II (ortsfeste Anlage zur Spaltung von Kernbrennstoffen) der Genehmigung nach § 7 Abs. 1 AtG i.d.F. der Bekanntmachung vom 15.07.85 (BGBl I S. 1565), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Verbesserung der Überwachung des Außenwirtschaftsverkehrs und zum Verbot von Atomwaffen biologischer und chemischer Waffen v. 05.11.90 (BGBl I S. 2428).

Die Errichtung der Einspeisedruckleitung erfolgt im Vorgriff auf das beim StMLU anhängige Genehmigungsverfahren zur Errichtung und zum Betrieb eines zusätzlichen Nachwärmeabfuhrsystems.

Zuständig für die Erteilung der Genehmigung ist das StMLU im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (§ 24 Abs. 2 AtG i.V.m. § 1 der Verordnung über die Zuständigkeiten zum Vollzug atomrechtlicher Vorschriften (AtZustV) - BayRS 751-1-U -, i.d.F. der Bekanntmachung vom 12.01.90 (GVBl S. 14).

## 2. Verfahrensmäßige Voraussetzungen

Die Verfahrensvorschriften des AtG und der AtVfV i.d.F. der Bekanntmachung vom 31.03.82 (BGBl I S. 411) für die Erteilung der beantragten Genehmigung sind beachtet:

### 2.1 Antragstellung

Die Anträge der RWE Energie AG, der BAG und der KGB enthalten die in § 2 AtVfV geforderten Angaben. Ebenso entsprechen die den Anträgen beigefügten oder nachgereichten Unterlagen den in § 3 AtVfV niedergelegten Anforderungen.

### 2.2 Öffentlichkeitsbeteiligung

Von einer erneuten öffentlichen Bekanntmachung und Auslegung der Antragsunterlagen (§ 4 Abs. 3 i.V.m. Abs. 2 AtVfV) konnte gem. § 4 Abs. 2 Satz 1 und 2 AtVfV abgesehen werden, weil im Verfahren für die Erteilung der Genehmigungen zur Errichtung und zum Betrieb des KRB II bereits früher entsprechende Bekanntmachungen, Auslegungen und Erörterungen stattgefunden haben und weil im Hinblick auf den Gegenstand der vorliegenden Genehmigung keine zusätzlichen oder anderen Umstände in einem Sicherheitsbericht darzulegen gewesen wären, die nachteilige Auswirkungen für Dritte hätten besorgen lassen (§ 4 Abs. 2 Satz 1 AtVfV). Das diversitäre Reaktordruckbegrenzungssystem im KRB II



hat keinerlei nachteilige Rückwirkungen auf vorhandene, sicherheitstechnisch relevante Systeme und Einrichtungen und kann diese in ihrer bestimmungsgemäßen Funktionsfähigkeit nicht beeinträchtigen. Diese Aussage gilt auch für die neue Abfahrkühlleitung und die Einspeisedruckleitung.

Darüber hinaus wird durch die Nachrüstung insgesamt eine weitere Verbesserung der Sicherheit bzw. eine entsprechende Reduzierung des Restrisikos beim KRB II erreicht.

Ein Fall des § 4 Abs. 2 Satz 3, insbesondere der Nr. 2 und 3 AtVfV liegt ebenfalls nicht vor.

Nach alledem konnte auf eine erneute Öffentlichkeitsbeteiligung verzichtet werden.

### 2.3 Behördenbeteiligung, Stellungnahme des BMU

Im Genehmigungsverfahren zur Errichtung und zum Betrieb des KRB II wurden gemäß § 7 Abs. 4 Satz 1 AtG alle Behörden des Bundes, der Länder, der Gemeinden und sonstigen Gebietskörperschaften beteiligt, deren Zuständigkeitsbereich damals von dem Vorhaben berührt war.

Der BMU hat eine positive Stellungnahme zum Vorhaben mit Schreiben vom 11.09.90, Az. RS I 5-14311/7 abgegeben.

Der Zuständigkeitsbereich weiterer Behörden ist durch das Vorhaben nicht berührt.

3. Genehmigungsvoraussetzungen des § 7 Abs. 2 AtG

Die beantragte Änderungsgenehmigung für das KRB II kann mit den in diesem Genehmigungsbescheid festgesetzten Auflagen erteilt werden. Die Genehmigungsvoraussetzungen des § 7 Abs. 2 AtG sind erfüllt. Im einzelnen wird dies wie folgt begründet:

3.1 Zuverlässigkeit der Antragsteller und der verantwortlichen Personen sowie Fachkunde der verantwortlichen Personen (§ 7 Abs. 2 Nr. 1 AtG)

Es liegen keine Tatsachen vor, aus denen sich Bedenken gegen die Zuverlässigkeit der Antragsteller und der für den Betrieb der geänderten Anlage benannten verantwortlichen Personen ergeben. Die verantwortlichen Personen besitzen nach ihrer Vorbildung und bisherigen beruflichen Tätigkeit die erforderliche Fachkunde und waren bereits während des bisherigen Betriebs im KRB II verantwortlich tätig. Für den Betrieb der Anlage nach Durchführung der Nachrüstmaßnahmen sind besondere Betriebsvorschriften vorgesehen, die im Zusammenhang mit entsprechenden Schulungen die notwendigen Zusatzkenntnisse vermitteln. Die für die technische Durchführung der Nachrüstung verantwortliche Person hat bereits eine vergleichbare Nachrüstmaßnahme (2. ÄG) erfolgreich abgewickelt.

3.2 Notwendige Kenntnisse der sonst tätigen Personen (§ 7 Abs. 2 Nr. 2 AtG)

Es ist gewährleistet, daß die beim Betrieb der Anlage sonst tätigen Personen die notwendigen Kenntnisse über einen sicheren Betrieb der Anlage, die möglichen Gefahren und die anzuwendenden Schutzmaßnahmen besitzen. Eine



rechtzeitige Einweisung des sonst tätigen Personals ist hinsichtlich der Nachrüstmaßnahmen sichergestellt. Außerdem war der Kreis der sonst tätigen Personen bereits während des bisherigen Betriebs im KRB II eingesetzt und bleibt unverändert tätig.

### 3.3 Vorsorge gegen Schäden durch die Errichtung und den Betrieb der Anlage (§ 7 Abs. 2 Nr. 3 AtG)

Die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge gegen Schäden durch die Errichtung und den Betrieb der Anlage nach Durchführung der vorgesehenen Nachrüstmaßnahmen ist bei Einhaltung der Bestimmungen dieses Bescheids getroffen. Das diversitäre Reaktordruckbegrenzungssystem hat keinerlei nachteilige Rückwirkungen auf vorhandene, sicherheitstechnisch relevante Systeme und Einrichtungen und kann diese in ihrer bestimmungsgemäßen Funktion nicht beeinträchtigen. Diese Aussage gilt auch für die neue Abfahrkühlleitung und die Einspeisedruckleitung.

Die Eingriffe in bestehende Systeme aufgrund der Nachrüstung werden auf ein Minimum beschränkt. So wird z.B. für den Anschluß der neuen Abfahrkühlleitung bzw. der Einspeisedruckleitung am Reaktordruckbehälter ein vorhandener Reservestutzen benutzt, die Durchführung dieser Leitungen durch den Sicherheitsbehälter erfolgt auf ebenfalls vorhandenen Reservestutzen. Auch die Ausblaseleitungen der Motorarmaturen zur diversitären Druckbegrenzung werden an vorhandene Stutzenformstücke der Abblaserohre der Sicherheits- und Entlastungsventile angeschlossen.

Durch die Nachrüstung der drei diversitären Druckbegrenzungsventile wird die Sicherheit der Anlage für den postulierten, hypothetischen Fall einer gleichzeitigen Nichtverfügbarkeit der Hauptwärmesenke und dem Nichtöffnen aller vorhandenen elf Sicherheits- und Entlastungsventile infolge eines gleichartigen Fehlers nach einer Reaktorschnellabschaltung verbessert.

Durch die Einführung eines diversitären Wirkungsprinzips in der Reaktordruckbegrenzung wird eine prinzipielle Unabhängigkeit von hypothetisch angenommenen gleichartigen Fehlern erzielt, die im Anforderungsfall die Druckbegrenzungsfunktion aller gleichartig aufgebauten 11 Sicherheits- und Entlastungsventile ungeachtet ihres hohen Redundanzgrades gleichzeitig beeinträchtigen könnten. Zusätzlich zu den vorhandenen mit Eigenmedium (Dampf) betätigten Ventilen stehen dann motorbetätigte Ventile zur Verfügung.

Es handelt sich bei der Nachrüstung nicht um eine, entsprechend den Genehmigungsvoraussetzungen notwendige Ergänzung des Sicherheitskonzepts, die Voraussetzung für den sicheren Betrieb der Anlage wäre, sondern um Maßnahmen zur weiteren Verminderung des Restrisikos bzw. zur betrieblichen Optimierung.

Die neben der Ansteuerung der Motorarmaturen in ihrer Druckbegrenzungsfunktion noch vorgesehene betriebliche Ansteuerung im sog. "Hot-stand-by-Betrieb" verringert die Anforderungshäufigkeit der vorhandenen Sicherheits- und Entlastungsventile in ihren betrieblichen Funktionen deutlich. Wegen der auf die betrieblichen Anforderungen besser angepaßten Öffnungs- und Schließzeiten der Motorarmaturen werden einerseits Anlagenbelastungen durch die betriebliche Anforderung der Sicherheits- und Entlastungsventile



verringert und andererseits die Gefahr eines Offenbleibens dieser Ventile nach einer betrieblichen Öffnung auf ein Minimum reduziert.

Mit Hilfe der neuen Abfahrkühlleitung wird eine Abfahr- und Nachkühlbetriebsweise ermöglicht, die die bislang notwendige Mitbenutzung von Teilen der Frischdampfleitungen entbehrlich macht. Dadurch kann die Kontamination der oberen Reaktordruckbehältereinbauten und der Frischdampfleitungen mit radioaktiven Stoffen erheblich reduziert werden, was zu einer Verminderung der Dosisbelastung des Instandhaltungspersonals führt.

Die Einspeisedruckleitung wird Teil eines zusätzlichen Nachwärmeabfuhrsystems sein, das für bestimmte Nachwärmeabfuhr- und Einspeisefunktionen eine weitestgehende gerätetechnische Diversität zu den vorhandenen Not- und Nachkühlssystemen einführt. Auch hier wird durch Diversität eine prinzipielle Unabhängigkeit von hypothetisch angenommenen, gleichartigen Fehlern erzielt, die im Anforderungsfall die Funktion aller drei vorhandenen, gleichartig aufgebauten Not- und Nachkühlssysteme gleichzeitig beeinträchtigen könnten. Für die Errichtung und den Betrieb dieses zusätzlichen Nachkühlsystems ist ein gesondertes Genehmigungsverfahren anhängig. Auf der Grundlage der bisher durchgeführten Prüfungen ist zu erwarten, daß dort die Genehmigungsvoraussetzungen nachgewiesen werden können. Das entsprechend § 18 Abs. 2 AtVfV erforderliche vorläufige positive Gesamturteil hinsichtlich der Errichtung und des Betriebs des zusätzlichen Nachwärmeabfuhrsystems liegt vor.

Sowohl die Motorarmaturen zur diversitären Reaktordruckbegrenzung mit ihren Anschlußleitungen als auch die neue Abfahrkühlleitung und die Einspeisedruckleitung sind unabsperrbar mit dem Reaktordruckbehälter verbunden und somit Teil der druckführenden Umschließung des Reaktorkühlmittels. Sie werden deshalb nach dem heutigen Stand der Technik der höchsten Qualitätsstufe entsprechend, d.h. in sog. "basissicherer Ausführung" (siehe RSK-Leitlinien; 3. Ausgabe vom 14.10.81, Kap. 4) gefertigt und geprüft. Wegen des engen räumlichen und funktionellen Zusammenhangs der schon vorhandenen Großrohrleitungen der druckführenden Umschließung des Reaktorkühlmittels (Frischdampf-, Speisewasser- und Nachkühlleitungen innerhalb des Sicherheitsbehälters) wurden auch diese einer vertieften Prüfung nach den heutigen Anforderungen und Kriterien gemäß RSK-Leitlinien, Kap. 4, unterzogen mit dem Ergebnis, daß hier ebenso wie bei den neuen Teilen ein vollständiges Versagen eines Bauteils ausgeschlossen werden kann. Mit den seinerzeit im Genehmigungsverfahren zur Errichtung und zum Betrieb des KRB II (1.-11. TG) postulierten großen Leitungsbrüchen (doppelendiger Rundabriß, sog. "2-F-Bruch") ist somit nach dem heutigen Kenntnisstand bei den Großrohrleitungen der druckführenden Umschließung des Reaktorkühlmittels im KRB II insgesamt nicht mehr zu rechnen (siehe RSK-Leitlinien, Kap. 21).

Die erforderlichen Anpassungs- und Anschlußarbeiten werden ebenfalls nach dem heutigen Stand der Technik durchgeführt und geprüft, so daß auch hier teilweise Verbesserungen eingeführt werden können, in jedem Fall aber die ursprüngliche, genehmigte Qualität aufrecht erhalten bleibt.



Die Genehmigungsvoraussetzungen des § 7 Abs. 2 Nr. 3 AtG für den weiteren Betrieb des KRB II sind somit weiterhin gegeben. Darüber hinaus wird die Sicherheit der Anlage durch die Nachrüstung verbessert bzw. das verbleibende Restrisiko entsprechend verringert.

#### 3.4 Deckungsvorsorge (§ 7 Abs. 2 Nr. 4 AtG)

Die erforderliche Vorsorge für die Erfüllung gesetzlicher Schadenersatzverpflichtungen ist getroffen.

Nach § 13 Abs. 1 Satz 2 AtG ist die Festsetzung der Deckungsvorsorge im Abstand von jeweils zwei Jahren zu überprüfen sowie bei erheblicher Veränderung der Verhältnisse erneut festzusetzen.

Gemäß § 9 der Atomrechtlichen Deckungsvorsorgeverordnung (AtDeckV) vom 25.01.77 (BGBl I S.220) war die Deckungssumme für das KRB II auf den Höchstbetrag DM 500 Mio festzusetzen.

Ihre Deckungsvorsorgeverpflichtung haben die Antragsteller im Zusammenhang mit der 11. TG vom 18.10.84 durch den Abschluß einer entsprechenden Haftpflichtversicherung erfüllt. Das Weiterbestehen der Deckungsvorsorge auch unter Berücksichtigung des Gegenstands der vorliegenden Genehmigung wurde dem StMLU durch eine Bestätigung der Versicherungsgesellschaft mit Schreiben vom 28.10.91, Az. Graf Metternich, dv nachgewiesen.

### 3.5 Schutz gegen Störmaßnahmen oder sonstige Einwirkungen Dritter

Der erforderliche Schutz gegen Störmaßnahmen oder sonstige Einwirkungen Dritter auf die Anlage, der im Zusammenhang mit der Erteilung früherer Teilgenehmigungen bereits geprüft wurde, ist durch Sicherheitsvorkehrungen technischer und organisatorischer Art gewährleistet. Für die Abwicklung der vorgesehenen Nachrüstarbeiten selbst sind gesonderte Objektsicherungsvorkehrungen getroffen worden.

### 3.6 Öffentliche Interessen, insbesondere im Hinblick auf die Umweltauswirkungen (§ 7 Abs. 2 Nr. 6 AtG)

Die Frage, ob überwiegende öffentliche Interessen, insbesondere im Hinblick auf die Reinhaltung des Wassers, der Luft und des Bodens der Wahl des Standorts des Kernkraftwerks entgegenstehen wurde bereits im Rahmen der Erteilung früherer Genehmigungen abschließend geprüft und verneint. Eine erneute Prüfung möglicher Umweltauswirkungen im Hinblick auf den Gegenstand dieser Genehmigung ergab keine Anhaltspunkte für eine Änderung dieser Aussage. Durch die vorgesehene Nachrüstung sind keine nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt, insbesondere auf Menschen, Tiere und Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft einschließlich der Wechselwirkungen zu besorgen. Ferner sind keine Auswirkungen auf Kultur- und sonstige Sachgüter zu befürchten.



#### 4. Ermessensentscheidung

Die Sachprüfungen kamen insgesamt zu dem Ergebnis, daß die atomrechtlichen Genehmigungsvoraussetzungen zur Erteilung dieser Genehmigung vorliegen. Umstände, die Veranlassung geben würden, von dem nach § 7 Abs. 2 AtG eingeräumten Versagungsermessen Gebrauch zu machen, haben sich bei den Sachprüfungen nicht ergeben.

In den Ermessenserwägungen ist insbesondere berücksichtigt worden, daß in dem für die Erteilung dieser Genehmigung gebotenen Rahmen die Entsorgungsvorsorge weiterhin getroffen ist und das mit dem Betrieb der Anlage verbundene Restrisiko durch die genehmigte Nachrüstung weiter verringert wird. Der Entsorgungsnachweis gemäß Auflage III.8.6 der 11. TG wurde von den Antragstellern zuletzt am 31.12.91 für sechs Jahre im voraus erbracht.

#### 5. Nebenbestimmungen

Die angeordneten Nebenbestimmungen haben ihre Rechtsgrundlage in § 17 Abs. 1 Satz 2 AtG, wonach atomrechtliche Genehmigungen inhaltlich beschränkt und mit Auflagen verbunden werden können.

Die gesetzten Auflagen dienen der Durchführung der in der Kerntechnik üblichen baubegleitenden Kontrollen und Inbetriebnahmeprüfungen sowie der Anpassung der bestehenden Betriebsvorschriften und der technischen Dokumentation an den neuen Anlagenzustand.

Der Hinweis IV.3 bezieht sich auf die Auflage Nr. III.8.3 der 11. TG, die als "attestierende Freigabe" im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts eine aufsichtliche Zustimmung des StMLU zum Wiederauffahren der Anlage nach Abschluß eines jeden Brennelementwechsels vorsieht. Nachdem die geplante Nachrüstung während der kommenden Brennelementwechsel-Stillstände bei beiden Blöcke des KRB II durchgeführt werden muß, ist im Rahmen des Vollzugs der o.g. Auflage vom StMLU auch zu überprüfen, ob die Nachrüstarbeiten im erforderlichen Umfang abgeschlossen und überprüft und ob die hierzu gesetzten Auflagen ausreichend erfüllt worden sind. Erst wenn die dazu vorgesehenen Nachweise erbracht worden sind, wird eine Zustimmung zum Wiederauffahren des betreffenden Blocks erteilt werden.

#### 6. Sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften

Die übrigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften, die außer den Genehmigungsvoraussetzungen des § 7 Abs. 2 AtG den weiteren Betrieb des KRB II betreffen, sind beachtet (§ 14 AtVfV).

Hinsichtlich der sonstigen zu beachtenden öffentlich-rechtlichen Vorschriften, insbesondere des Raumordnungs- und Landesplanungsrechts, des Baurechts, des Immissionsschutzrechts, des Wasser- und des Katastrophenschutzrechts hat eine erneute Prüfung hinsichtlich des Gegenstands dieser Genehmigung keine zusätzlichen sachentscheidenden Gesichtspunkte ergeben, die im Rahmen der Erteilung dieser Genehmigung zu behandeln wären. Die Belange der Dampfkes-selverordnung (DampfkV) werden durch eine gesondert zu erteilende Änderungserlaubnis nach § 13 DampfkV berücksichtigt. Diese ist entscheidungsreif vorbereitet, mit dem StMLU abgestimmt und kann vor Beginn der Nachrüstung erteilt werden.



### C. Kostenentscheidung

Die Kostenentscheidung in Abschnitt VII. beruht auf den Vorschriften des § 21 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 und Abs. 3 Satz 1 AtG i.V.m. § 1, § 2 Satz 1 Nr. 2 AtKostV vom 17.12.1981 (BGBl I S. 1457). Gemäß § 13 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 VwKostG vom 23.06.1970 (BGBl I S. 8219), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.12.1976 (BGBl I S. 3341), haben die Antragsteller die Kosten des Verfahrens als Gesamtschuldner zu tragen.

Die festgesetzte Gebühr von DM 15.000,-- für die Gesamtentscheidung über die vorliegenden Genehmigungsanträge liegt innerhalb des zulässigen Gebührenrahmens und orientiert sich am Verwaltungsaufwand für die Erteilung der Genehmigung.

Eine Ermäßigung der Gesamtgebühr gemäß § 4 AtKostV war nicht veranlaßt.

Neben der Verwaltungsgebühr sind die Auslagen des Genehmigungsverfahrens (§ 21 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 AtG, § 1 Satz 2 AtKostV, § 10 VwKostG), insbesondere die Aufwendungen für die zugezogenen Sachverständigen, zu erstatten. Diese wurden bzw. werden gesondert erhoben.

### D. Anordnung der sofortigen Vollziehung

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung des Bescheids gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) ist sowohl im öffentlichen Interesse als auch im überwiegenden Interesse der Antragsteller geboten. Ohne die Anordnung der sofortigen Vollziehung dieses Bescheids könnte im Fall einer Anfechtungsklage wegen deren aufschiebender Wirkung gemäß § 80 Abs. 1 VwGO die geplante Nachrüstung

bis zur Rechtskraft einer klageabweisenden Entscheidung nicht durchgeführt werden. Außerdem könnten die nach Abschluß der Nachrüstung erforderlichen Druckproben dann nicht gemeinsam mit den ohnehin bei den kommenden Brennelementwechsel-Stillständen anstehenden Druckprüfungen durchgeführt werden, sondern müßten gesondert zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Mit Schreiben vom 24.01.92, Az. RE-Ö Br/lu haben die Antragsteller die Anordnung der sofortigen Vollziehung beantragt und aus ihrer Sicht wie folgt begründet:

Die Anordnung der sofortigen Vollziehbarkeit dieser Genehmigung liege im Interesse der Betreiber des KRB II. Diese haben es sich zum Ziel gesetzt, eine höchstmögliche Anlagensicherheit im KRB II zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu erreichen. Dieses überwiegende Eigeninteresse mache die Anordnung der sofortigen Vollziehung dringend erforderlich, denn angesichts nicht auszuschließender Klagen Dritter würde sich ohne die Möglichkeit der sofortigen Vollziehbarkeit der Genehmigung der Einbau der diversitären Druckbegrenzung sowie der übrigen Anlagenänderungen nachhaltig verzögern. Darin liege zugleich ein überwiegendes öffentliches Interesse.

Eine Verzögerung hätte zur Folge, daß die Realisierung der beantragten Maßnahmen nicht in den Terminplan für die Revision 1992 eingepaßt werden könnten. Die Änderungen erfordern nach Abschluß eine Druckprobe am Reaktordruckbehälter. Im Rahmen der Revision 1992 ist die erste Druckprobe des Reaktordruckbehälters seit der ersten Inbetriebnahme vorgeschrieben. Wenn die Änderungsgenehmigung nicht für sofort vollziehbar erklärt würde, könnten die Maßnahmen im Falle einer Anfechtungsklage nicht im Rahmen der nächsten Revision realisiert werden, sondern erst später. Bei dem späteren Einbau wäre eine zusätzliche Druckprobe



erforderlich, die eine zusätzliche, unnötige Belastung des Reaktordruckbehälters sowie eine zusätzliche Strahlenbelastung des Personals und unnötige Kosten verursachen. Die Betreiber des KRB II haben außerdem ein wirtschaftliches Interesse daran, die Unterbrechung der Stromerzeugung so kurz wie möglich zu halten. Erlösausfälle des Unternehmens durch ein zusätzliches, längeres Abstellen der Anlage könnten in der Zukunft nicht mehr aufgeholt werden. Die Kosten für eine Ersatzstrombeschaffung ließen sich, selbst wenn sie von Zeitpunkt und Dauer des Stillstands abhängig seien, grob mit mindestens 1,5 Pf/kWh beziffern. Nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Sicherheit der Stromversorgung und damit im Hinblick auf ein öffentliches Interesse solle die Unterbrechung der Stromversorgung so kurz wie möglich sein.

Nur wenn durch den Sofortvollzug die Ausnutzbarkeit der Genehmigung gesichert sei, könne die Realisierung der Maßnahmen in die Revision 1992 eingepaßt werden. Derart komplexe technische Großvorhaben ließen sich nur in genau aufeinander abgestimmten Ausbausritten verwirklichen. Nur die sofortige Vollziehung ermögliche die planmäßige Realisierung des Vorhabens. Zudem würde sich bei einer Verzögerung der Durchführung der Maßnahmen der Investitionszeitraum verlängern und eine Erhöhung der Baukosten wäre aufgrund vereinbarter Preisgleitklauseln zu erwarten.

Das StMLU hat diese Gründe überprüft und hält sie für zutreffend und gewichtig genug, die sofortige Vollziehung dieses Bescheids anzuordnen.

Ein überwiegendes öffentliches Interesse an einer ehestmöglichen Durchführung der Nachrüstung besteht ebenfalls, da sie eine weitere Verbesserung der Sicherheit der Anlage bzw. eine entsprechende Verringerung des verbleibenden Restrisikos bewirken wird. Selbst die mit der Nachrüstung

verbundenen betrieblichen Optimierungen liegen im öffentlichen Interesse, da sie die tatsächliche Anlagenbeanspruchung bzw. die radiologische Belastung des Instandhaltungspersonals (§ 28 Abs. 1 StrlSchV) deutlich verringern. Schließlich besteht noch ein öffentliches Interesse an der gemeinsamen Durchführung der Wasserdruckproben im Rahmen der anstehenden wiederkehrenden Prüfungen, um unnötige druckprobenspezifische Materialbeanspruchungen und Strahlenbelastungen des Personals zu vermeiden. Auf die sicherheitstechnischen Ausführungen im Teil B. des Bescheids wird verwiesen. Demgegenüber hat ein potentieller Kläger keinerlei nachteilige Auswirkungen durch die Nachrüstungen zu besorgen. Auch der weitere Betrieb der Anlage mit den nachgerüsteten Teilen bringt keine zusätzliche Nachteile im Vergleich zu dem mit der 11. TG bestandskräftig genehmigten Betrieb mit sich.

Nach alledem muß ein bloßes Interesse eines potentiellen Klägers an der aufschiebenden Wirkung seiner Klage hinter dem wirtschaftlichen Interesse der Antragsteller und dem überwiegenden öffentlichen Interesse an einer zügigen Umsetzung der vorgesehenen sicherheitsfördernden Maßnahmen zurückstehen.

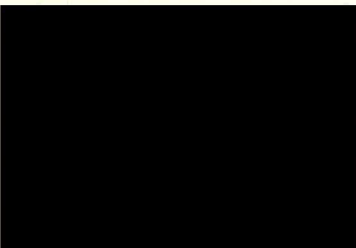


Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe schriftlich Klage beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof in 8000 München 22, Ludwigstraße 23 (Briefanschrift 8000 München 34, Postfach 34 01 48), erhoben werden.

Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Streitgegenstand bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

I.A.



Ministerialdirigent